
Reglement über die Festsetzung der fremdenpolizeilichen Gebühren und den Verteilungsmodus zwischen Kanton und Gemeinden

vom 18.12.2002 (Stand 01.09.2015)

Der Staatsrat des Kantons Wallis

eingesehen das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931;

eingesehen das Übereinkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und deren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über den freien Personenverkehr vom 21. Juni 1999;

eingesehen die Verordnung über die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft und deren Mitgliedstaaten vom 22. Mai 2002;

eingesehen die Bundesratsverordnung über die Gebührenverordnung in Anwendung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 20. Mai 1987;

eingesehen das Gesetz betreffend den Tarif der Kosten und Entschädigungen vor Gerichts- oder Verwaltungsbehörden vom 14. Mai 1998;

auf Antrag des Departements für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit,

beschliesst:

Art. 1

¹ Die im Kanton zu erhebenden fremdenpolizeilichen Gebühren sind in den von der eidgenössischen Gesetzgebung vorgesehenen Grenzen festgesetzt.

² Ausser den Verfahrungskosten (Stempelgebühren und Portospesen) dürfen nur die im vorliegenden Reglement vorgesehenen Gebühren erhoben werden.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

142.104

Art. 2 Bezahlung der Gebühren

¹ Der Gesuchsteller, der Arbeitgeber und die Verwandten haften solidarisch mit dem Schuldner für die Bezahlung der Gebühren.

Art. 3 Befreiung von den Gebühren

¹ Der Vorsteher des mit der Fremdenpolizei beauftragten Departements ist ermächtigt, in besonderen Fällen die Entrichtung von fremdenpolizeilichen Gebühren ganz oder teilweise zu erlassen. Er kann diese Befugnis auf den Vorsteher der zuständigen Dienstabteilung übertragen. *

1 Gebühren für Ausländer nach den Bestimmungen des FZA

Art. 4 Dem Kanton zukommende Gebühren

¹ Dem Kanton zukommende Gebühren:

- | | |
|--|------------|
| a) Verlängerung der Frist, während der die Niederlassungsbewilligung bei Auslandsabwesenheit bestehen bleibt | 65 Franken |
| b) Erteilung eines Passierscheines | 50 Franken |
| c) Gesuch um Ausstellung eines Auszuges aus dem Strafregister | 25 Franken |

² Für ledige Kinder unter 18 Jahren beläuft sich die unter Buchstabe a aufgeführte Gebühr auf 30 Franken und die unter Buchstabe aufgeführte Gebühr auf 12 Franken 50.

³ Es wird auch erhoben, unter Vorbehalt der in Artikel 8 Absatz 4 GebV-AuG vorgesehenen Fälle, folgende Gebühr, die beträgt: *

- | | |
|--|------------|
| a) für das Ausstellen, das Ersetzen und jede andere Abänderung eines nicht-biometrischen Aufenthaltstitels | 10 Franken |
|--|------------|

Art. 5 Zwischen Kanton und Gemeinden zu verteilende Gebühren

¹ Zwischen Kanton und Gemeinden zu verteilende Gebühren:

- | | |
|--|------------|
| a) Einreisebewilligung, Zusicherung einer Aufenthaltsbewilligung | 65 Franken |
|--|------------|

b)	Kurzfristige Aufenthaltsbewilligung, Aufenthaltsbewilligung oder Grenzgäumberwilligung oder deren Verlängerung	65 Franken
c) *	Niederlassungsbewilligung	95 Franken
c ^{bis}) *	Verlängerung der Kontrollfrist der Niederlassungsbewilligung	65 Franken
d) *	andere Abänderung eines Aufenthaltstitels oder Ausstellen eines Duplikats eines Aufenthaltstitels	40 Franken
e) *	Adresswechsel im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS)	25 Franken
f)	Adresswechsel im Ausland oder Wechsel der Postadresse für Grenzgänger	25 Franken
g)	Einverständnis	65 Franken

² Für ledige Kinder unter 18 Jahren beläuft sich die unter Buchstaben a, b, c, c^{bis}, d und g aufgeführte Gebühr auf 30 Franken und die Gebühr gemäss Buchstaben e und f auf 12 Franken 50. *

³ Obenstehende Gebühren werden nach Abzug der vom Bundesamt für Migration für die Behandlung der Angaben im ZEMIS erhobenen Taxe, welche pro Fall sechs Franken betragen, unter dem Kanton und den Gemeinden im Verhältnis 50 Prozent Staat und 50 Prozent Gemeinde aufgeteilt. *

Art. 6 Den Gemeinden zukommenden Gebühren

¹ Folgende Gebühr fällt den Gemeinden zu:

a)	Anmeldung	25 Franken
----	-----------	------------

Art. 7 * Gebühren für Vorentscheide zu Bewilligungen durch die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

¹ Während der Übergangphase werden folgende Gebühren erhoben:

a)	Aufenthaltsbewilligung EG/EFTA	350 Franken
b)	Bewilligung EG/EFTA für eine selbständige Erwerbstätigkeit	350 Franken
c)	kontingentierte Kurzaufenthaltsbewilligung EG/EFTA	150 Franken
d)	nicht kontingentierte Kurzaufenthaltsbewilligung EG/EFTA	100 Franken
e)	Grenzgäumberwilligung	100 Franken

142.104

- f) ...
- g) Verweigerung 50 Franken

² Der Arbeitgeber schuldet die Gebühr bei Erhalt des positiven Vorentscheids oder der Verweigerung. Die Gebühr kommt dem Kanton zu.

2 Gebühren für Ausländer, die nicht den Bestimmungen des FZA unterstellt sind

Art. 8 Dem Kanton zukommende Gebühren

¹ Folgende Gebühren fallen dem Staat zu:

- a) * Zusicherung einer Aufenthaltsbewilligung, Ermächtigung zur Visaerteilung, Einreisebewilligung für Grenzgänger, interne Zusicherung der Bewilligung bei erstmaliger Arbeitsaufnahme 95 Franken
- b) * ...
- c) Verlängerung der Frist, während der die Niederlassungsbewilligung bei Auslandsabwesenheit bestehen bleibt 65 Franken
- d) * Rückreisevisa oder Änderung eines Visums, welches vom Bundesamt für Migration oder durch eine diplomatische oder konsularische Schweizervertretung im Ausland erteilt worden ist 60 Euro
- e) * Überprüfung und Zustimmung einer Verpflichtungserklärung 30 Franken
- f) Erteilung eines Passierscheines 50 Franken

² Für ledige Kinder unter 18 Jahren beläuft sich die Gebühr gemäss Buchstabe a auf 60 Franken. *

³ Obenstehende Gebühren werden nach Abzug der vom Bundesamt für Migration für die Behandlung der Angaben im ZEMIS erhobenen Taxe in der Höhe von sechs Franken pro Fall dem Kanton überwiesen. *

⁴ Gegebenenfalls werden auch folgende Gebühren erhoben: *

- a) für das Ausstellen, das Ersetzen und alle anderen Abänderungen eines biometrischen Aufenthaltstitels 22 Franken

- | | | |
|----|--|------------|
| b) | für das Ausstellen, das Ersetzen und alle anderen Abänderungen eines nicht-biometrischen Aufenthaltstitels | 10 Franken |
| c) | sowie eine Gebühr für das Aufbereiten und Erfassen der biometrischen Daten, welche beträgt | 20 Franken |

Art. 9 Zwischen Kanton und Gemeinde zu verteilende Gebühren

¹ Zwischen Kanton und Gemeinde zu verteilende Gebühren:

- | | | |
|------|---|------------|
| a) * | Kurzaufenthaltsbewilligung, Aufenthaltsbewilligung oder Grenzgängerbewilligung | 95 Franken |
| b) * | Verlängerung der Kurzaufenthaltsbewilligung, der Aufenthaltsbewilligung oder der Grenzgängerbewilligung | 75 Franken |
| c) * | ... | |
| d) * | Niederlassungsbewilligung | 95 Franken |
| e) | Verlängerung der Kontrollfrist der Niederlassungsbewilligung | 65 Franken |
| f) * | andere Abänderungen eines Aufenthaltstitels oder Ausstellung eines Duplikats eines Aufenthaltstitels | 40 Franken |
| g) * | Adresswechsel im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) | 25 Franken |
| h) * | Änderung des Arbeitgebers oder des Arbeitsortes für Grenzgänger | 95 Franken |
| i) | Adresswechsel im Ausland für Grenzgänger | 25 Franken |
| j) | Verlängerung der vorläufigen Aufnahme | 40 Franken |
| k) * | ... | |

² Für ledige Kinder unter 18 Jahren beläuft sich die unter Buchstaben a, b, d, und h aufgeführte Gebühr auf 60 Franken und die unter Buchstaben e, f und j aufgeführte Gebühr auf 30 Franken. *

³ Obenstehende Gebühren werden nach Abzug der vom Bundesamt für Migration erhobenen Gebühren für die Behandlung der im ZEMIS vorhandenen Angaben, welche pro Fall sechs Franken betragen, im Verhältnis 50 Prozent für den Kanton und 50 Prozent für die Gemeinden aufgeteilt. *

142.104

Art. 10 Den Gemeinden zukommende Gebühren

¹ Folgende Gebühren fallen den Gemeinden zu:

- | | | |
|------|---|------------|
| a) | Vormeinung zu dem erstmals eingereichten Gesuch für eine Aufenthaltsbewilligung | 20 Franken |
| b) | Anmeldung | 25 Franken |
| c) * | Überprüfung einer Verpflichtungserklärung, nebst den Kosten | 10 Franken |

Art. 11 * Gebühren für Vorentscheide zu Bewilligungen durch die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

¹ Folgende Gebühren werden erhoben:

- | | | |
|----|---|-------------|
| a) | Jahresaufenthaltsbewilligung | 500 Franken |
| b) | Kontingentierte Kurzaufenthaltsbewilligung | 250 Franken |
| c) | nicht kontingentierte Kurzaufenthaltsbewilligung | 100 Franken |
| d) | Grenzgängerbewilligung | 100 Franken |
| e) | Bewilligung für Arbeitgeberwechsel | 100 Franken |
| f) | ... | |
| g) | Verlängerung der Bewilligung | 100 Franken |
| h) | ... | |
| i) | Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, schutzbedürftige Personen | 50 Franken |
| j) | Verweigerung | 50 Franken |

² Der Arbeitgeber schuldet die Gebühr bei Erhalt des positiven Vorentscheids. Die Gebühr kommt dem Kanton zu.

Art. 12 Andere Verteilung

¹ Folgende Gebühren können sowohl vom Kanton wie auch von den Gemeinden erhoben werden:

- | | | |
|----|--|------------|
| a) | Ausstellung einer Wohnsitz- oder Niederlassungsbestätigung | 10 Franken |
| b) | Visieren amtlicher Urkunden, Adressennachforschungen usw. nebst Kosten | 10 Franken |

Art. 13 Verweis

¹ Das Gesetz über den Tarif der Kosten und Entschädigungen vor Gerichts- oder Verwaltungsbehörden ist für alle anderen Entscheide anwendbar.

Art. 14 Schlussbestimmungen

¹ Alle vorliegendem Reglement entgegen lautende Bestimmungen, namentlich der Beschluss über die Feststellung der fremdenpolizeilichen Gebühren vom 29. Mai 2002 und des Ausführungsreglements betreffend den Verteilungsmodus der zwischen Kanton und Gemeinden zu erhebenden fremdenpolizeilichen Gebühren vom 10. Oktober 1967 sind aufgehoben.

² Das Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit ist mit der Anwendung dieses Reglements beauftragt.

³ Vorliegendes Reglement wird im kantonalen Amtsblatt veröffentlicht und tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Quelle Publikation
18.12.2002	01.01.2003	Erlass	Erstfassung	BO/Abl. 52/2002
06.12.2006	01.11.2006	Art. 7	totalrevidiert	BO/Abl. 52/2006
06.12.2006	01.11.2006	Art. 11	totalrevidiert	BO/Abl. 52/2006
09.01.2008	01.01.2008	Art. 5 Abs. 1, c)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 5 Abs. 1, c ^{bis})	eingefügt	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 5 Abs. 2	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 8 Abs. 1, a)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 8 Abs. 1, b)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 8 Abs. 1, d)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 8 Abs. 1, e)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 8 Abs. 2	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 9 Abs. 1, a)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 9 Abs. 1, b)	aufgehoben	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 9 Abs. 1, c)	aufgehoben	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 9 Abs. 1, d)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 9 Abs. 1, h)	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 9 Abs. 2	geändert	BO/Abl. 2/2008
09.01.2008	01.01.2008	Art. 10 Abs. 1, c)	geändert	BO/Abl. 2/2008
14.01.2009	01.01.2009	Art. 5 Abs. 1, d)	geändert	BO/Abl. 6/2009
14.01.2009	01.01.2009	Art. 5 Abs. 1, e)	geändert	BO/Abl. 6/2009
14.01.2009	01.01.2009	Art. 8 Abs. 1, b)	aufgehoben	BO/Abl. 6/2009
14.01.2009	01.01.2009	Art. 8 Abs. 1, d)	geändert	BO/Abl. 6/2009
14.01.2009	01.01.2009	Art. 9 Abs. 1, f)	geändert	BO/Abl. 6/2009
14.01.2009	01.01.2009	Art. 9 Abs. 1, g)	geändert	BO/Abl. 6/2009
14.01.2009	01.01.2009	Art. 9 Abs. 3	geändert	BO/Abl. 6/2009
26.01.2011	24.01.2011	Art. 3 Abs. 1	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 4 Abs. 3	eingefügt	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 5 Abs. 1, d)	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 5 Abs. 2	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 5 Abs. 3	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 8 Abs. 2	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 8 Abs. 3	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 8 Abs. 4	eingefügt	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 9 Abs. 1, a)	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 9 Abs. 1, b)	wieder in Kraft	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 9 Abs. 1, f)	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 9 Abs. 1, k)	aufgehoben	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 9 Abs. 2	geändert	BO/Abl. 5/2011
26.01.2011	24.01.2011	Art. 9 Abs. 3	geändert	BO/Abl. 5/2011
17.06.2015	01.09.2015	Art. 7	totalrevidiert	BO/Abl. 26/2015
17.06.2015	01.09.2015	Art. 11	totalrevidiert	BO/Abl. 26/2015

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Quelle Publikation
Erlass	18.12.2002	01.01.2003	Erstfassung	BO/Abl. 52/2002
Art. 3 Abs. 1	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 4 Abs. 3	26.01.2011	24.01.2011	eingefügt	BO/Abl. 5/2011
Art. 5 Abs. 1, c)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 5 Abs. 1, c ^{bis})	09.01.2008	01.01.2008	eingefügt	BO/Abl. 2/2008
Art. 5 Abs. 1, d)	14.01.2009	01.01.2009	geändert	BO/Abl. 6/2009
Art. 5 Abs. 1, d)	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 5 Abs. 1, e)	14.01.2009	01.01.2009	geändert	BO/Abl. 6/2009
Art. 5 Abs. 2	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 5 Abs. 2	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 5 Abs. 3	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 7	06.12.2006	01.11.2006	totalrevidiert	BO/Abl. 52/2006
Art. 7	17.06.2015	01.09.2015	totalrevidiert	BO/Abl. 26/2015
Art. 8 Abs. 1, a)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 8 Abs. 1, b)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 8 Abs. 1, b)	14.01.2009	01.01.2009	aufgehoben	BO/Abl. 6/2009
Art. 8 Abs. 1, d)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 8 Abs. 1, d)	14.01.2009	01.01.2009	geändert	BO/Abl. 6/2009
Art. 8 Abs. 1, e)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 8 Abs. 2	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 8 Abs. 2	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 8 Abs. 3	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 8 Abs. 4	26.01.2011	24.01.2011	eingefügt	BO/Abl. 5/2011
Art. 9 Abs. 1, a)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 9 Abs. 1, a)	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 9 Abs. 1, b)	09.01.2008	01.01.2008	aufgehoben	BO/Abl. 2/2008
Art. 9 Abs. 1, b)	26.01.2011	24.01.2011	wieder in Kraft	BO/Abl. 5/2011
Art. 9 Abs. 1, c)	09.01.2008	01.01.2008	aufgehoben	BO/Abl. 2/2008
Art. 9 Abs. 1, d)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 9 Abs. 1, f)	14.01.2009	01.01.2009	geändert	BO/Abl. 6/2009
Art. 9 Abs. 1, f)	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 9 Abs. 1, g)	14.01.2009	01.01.2009	geändert	BO/Abl. 6/2009
Art. 9 Abs. 1, h)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 9 Abs. 1, k)	26.01.2011	24.01.2011	aufgehoben	BO/Abl. 5/2011
Art. 9 Abs. 2	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 9 Abs. 2	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 9 Abs. 3	14.01.2009	01.01.2009	geändert	BO/Abl. 6/2009
Art. 9 Abs. 3	26.01.2011	24.01.2011	geändert	BO/Abl. 5/2011
Art. 10 Abs. 1, c)	09.01.2008	01.01.2008	geändert	BO/Abl. 2/2008
Art. 11	06.12.2006	01.11.2006	totalrevidiert	BO/Abl. 52/2006
Art. 11	17.06.2015	01.09.2015	totalrevidiert	BO/Abl. 26/2015